



Gewerkschaften, Entsolidarisierung und extreme Rechte

Der Rechtsextremismus ist für die DGB-Gewerkschaften ein wachsendes Problem, auch intern. Jedes fünfte Gewerkschaftsmitglied denkt rechtsextrem, besagt eine Mitte 2005 veröffentlichte Studie Berliner Wissenschaftler.

Aus rechtsextremistischen Zusammenschlüssen heraus wird versucht, organisiert Einfluss auf die Politik der Gewerkschaften zu nehmen. Die 'Bürgerrechtsbewegung Solidarität' (BüSo) versucht in die Gewerkschaften hineinzuwirken. Sie argumentiert zu einigen wirtschaftspolitischen Fragen ähnlich wie die Gewerkschaften und ist auf den ersten Blick schwer als rechtsextreme Organisation zu erkennen.

Berufsverbände können sich in Zeiten von Sozialabbau und Entsolidarisierung leichter als Alternative zu den Einheitsgewerkschaften anbieten. Sie vertreten Gruppeninteressen und oft ein berufsständisches Denken, was sie für die hierarchisch denkenden Rechtsextremen attraktiver macht. In Berlin und Brandenburg versuchten Rechtsextreme, den Deutschen Journalisten-Verband zu unterwandern. Der Vorstand des Landesverbandes Nordost des extrem konservativen DHV war nachweislich zumindest bis Sommer 2005 geprägt von Personen aus der Grauzone zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus.

Gewerkschaften und Rechtsextremismus

Schon seit einiger Zeit wurde deutlich, dass auch GewerkschafterInnen selbst keineswegs immun gegen rechtsextremistische Anschauungen sind. Die DGB-Gewerkschaften sind kein Schutzschild gegen diese. Aber auch Berufsverbände, die vorgeben gewerkschaftliche Interessen zu vertreten, erzielen mit einer »rechten« Gesinnung durchaus in einigen Betrieben Erfolge, wenn es um Betriebsratswahlen und andere Interessenvertretungen geht. Dazu kommen Mitglieder von Betriebs- und Personalräten und verstärkt auch von Jugendvertretungen, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind und rechtsextrem denken und mit ihrer Meinung auch Einfluss auf die Beschäftigten nehmen, besonders wenn sie erfolgreich als Interessenvertreter auftreten können.

Woran liegt es, dass sich Gewerkschaftsmitglieder offen gegenüber Rechtsextremismus zeigen? Hier muss man verschiedene Faktoren berücksichtigen, von denen nur wenige wichtige erwähnt werden sollen:

- Die Gewerkschaften selbst haben sich in den Zeiten der weltweit verflochtenen Wirtschaft verändert. Früher war die Solidarität unter den abhängig Beschäftigten einer der wichtigsten Faktoren dafür Gewerkschaftsmitglied zu werden. Sie wussten, dass sie nur gemeinsam etwas erreichen konnten. Aber auch da schon war es nicht selbstverständlich, dass Arbeiter und Angestellte ihre Interessen gemeinsam vertraten. Und dort, wo dies selbstverständlich war, bildeten sich trotzdem unterschiedliche Interessen in verschiedenen Tarifverträgen ab. ArbeiterInnen konnten schneller gefeuert werden, Angestellte erhielten einen Monats- und keinen Stundenlohn. Nicht zuletzt spielte auch ein gewisses Ständebewusstsein eine Rolle, wo man sich organisierte. Der Status als Angestellter konnte dazu führen, anderswo Mitglied zu werden als die »gewöhnlichen« Arbeiter; kleine Spartengewerkschaften behindern auch heute die Wahrnehmung gesamtbetrieblicher Interessen. In dieser Zeit, in der gewerkschaftliche



Von den Heuschrecken zu den Blutsaugern – die Grenze zum Antisemitismus überschritten? Dieser Aufmacher der IG Metall-Zeitung (März 2005) löste heftige Diskussionen aus.

Möglichkeiten der Interessenvertretung wenig genutzt werden, betonen Gewerkschaften in erster Linie ihre Funktion als Dienstleister und nicht den Aspekt einer Solidargemeinschaft. Das macht sie attraktiv für Leute, die vor allen Dingen ihr eigenes Wohl und allenfalls das ihres eigenen Volkes im Auge haben.

- Im Streit um den Erhalt von Arbeitsplätzen kehrt die gewerkschaftliche Argumentation häufig einen »Standortnationalismus« heraus. Die Fälle, wo sich internationale Solidarität unter verschiedenen europäischen oder sogar weltweiten Standorten zeigt, sind eher selten. Immer, wenn Standortfragen zu Konflikten führen, bedienen sich auch die jeweiligen Landesregierungen ähnlicher Argumentationen. Dieses politische Handeln trägt dazu bei, dass der Standortegoismus gesellschaftlich anerkannt wird. Hier gibt es eine »exklusive« Solidarität, die nur die eigenen Interessen unterstützt und andere mögliche Interessen ausschließt. Nicht die Kapitalseite wird hier als Widerpart angesehen, sondern eine andere Gruppe Arbeitnehmer.
- Die Studie »Gewerkschaften und Rechtsextremismus« hat ergeben, dass unter den gewerkschaftlich Organisierten insbesondere diejenigen für rechtsextremistische Deutungen anfällig sind, die hinsichtlich ihres Einkommens der Mittelschicht angehören, also FacharbeiterInnen und verantwortliche Angestellte sind. Sie sind in der Regel politisch interessierter als Nicht-Gewerkschafter. Sie empfinden soziale Ungerechtigkeiten stärker und die Globalisierung als besondere Bedrohung. Da auch die Gewerkschaft in ihren Augen kein genügendes Gegengewicht darstellt, suchen manche von ihnen Auswege in autoritären Lösungen, wie sie die Rechtsextremisten versprechen.

Der Wahlerfolg der NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen 2004 hat auch damit



Bundestagswahlkampf 2005 in Berlin

zu tun, dass diese Partei einen »nationalen Sozialismus« propagiert, für den besonders junge Menschen offen sind. Die Teilnahme gerade von jungen Rechten an den Anti-Hartz-Demonstrationen unterstreicht dieses Interesse noch einmal.

Es kommt also darauf an, dass wir uns klar machen, dass »nationaler Sozialismus« viel mit Nationalsozialismus zu tun hat. Lebenswert ist die Welt für uns erst dann, wenn kein Mensch aufgrund irgendwelcher Merkmale, sei es der Herkunft, des Geschlechts, von Alter oder Gesundheit oder was auch immer sonst ausgeschlossen werden kann aus der solidarischen Gemeinschaft aller.

Das Problem liegt in der Mitte

Rechtsextremismus innerhalb der Gewerkschaften

Gewerkschaften haben ein Problem mit rechtsextremen Einstellungen in ihren Reihen, dies wird seit einigen Jahren diskutiert. Doch die problematischste Gruppe dabei ist ausgerechnet die, die das Stammklientel der Gewerkschaften bildet. Zu diesem Ergebnis kommen Berliner Sozialwissenschaftler der Freien Universität Berlin mit einer Studie im Auftrag von zwei Gewerkschaftsstiftungen, die im Juni 2005 veröffentlicht wurde.

Das Kernproblem der Gewerkschaften mit dem Rechtsextremismus orten die Meinungsforscher bei der gewerkschaftlichen Mittelschicht, also den FacharbeiterInnen und Angestellten in verantwortlichen Positionen. Sie machen fast die Hälfte aller Gewerkschaftsangehörigen aus sowie fast 43 Prozent der Funktionäre. In dieser Schicht sind anderthalb Mal so viele rechtsextrem Eingestellte zu finden wie in ihrer unorganisierten Vergleichsgruppe. Offensichtlich drücken andere Teilgruppen (wie Angestellte) die Quote der Rechtsextremen nach oben, denn die organisierten FacharbeiterInnen neigen nur geringfügig häufiger zum Rechtsextremismus als ihre unorganisierten KollegInnen. Jedoch ist Letzteres keineswegs beruhigend: Die FacharbeiterInnen stellen ein Viertel der Mitglieder und damit auch einen erheblichen Teil der gewerkschaftlichen Rechtsextremen.

Die starke rechte Schlagseite der Mittelschicht erklären sich die Wissenschaftler damit, dass sich die Stammmitglieder als »doppelte Verlierer« des neoliberalen Kurses der vergangenen Jahre sehen. Sie hatten in der Vergangenheit von der erfolgreichen Tarifpolitik profitiert bzw. diese mit gestaltet. Jetzt sehen sie sich von sozialem Abstieg bedroht und ihre Lebensleistung in Frage gestellt. Aufgrund des Machtverlusts der Gewerkschaften kommt für sie als aktive Gewerkschafter nun noch die Rolle des po-



litischen Verlierers dazu. Die hohe Frustration, die aus den Veränderungen in der Arbeitswelt resultiert, drückt sich aus Sicht der Forscher auch in einer überproportionalen Hinwendung zum Rechtsextremismus aus.

Die Anfälligkeit für rechtsextreme Haltungen, das betonen die Autoren der Studie, lässt sich aber nicht einfach von dem sozio-ökonomischen Status wie Einkommen, Modernität des Arbeitsplatzes, Prekarität (Unsicherheit) des Arbeitsverhältnisses herleiten. Eine ebenso wichtige Rolle spielen sozialpolitische Orientierungen. Dazu gehören Einstellungen zu den sozialen und politischen Verhältnissen, Wertorientierungen wie demokratische, partizipatorische (Fähigkeit, mitzugestalten) Überzeugungen oder autoritäre Persönlichkeitsmerkmale wie Schwarz-Weiß-Denken und die Neigung zu einfachen Lösungen. Ob Menschen rechtsextreme Einstellungen entwickeln, hängt letztlich davon ab, wie sie ihre bedrohte Arbeits- und Lebenssituation, Globalisierung und Unterbietungskonkurrenz etc verarbeiten: Zugespitzt ließe sich fragen: Akzeptieren sie die Auswirkungen der wirtschaftlichen Konkurrenz als »Sachzwänge« und suchen z.B. »Ausländer« als Sündenböcke oder lassen sie sich auf einen solidarischen Widerstand gegen diese Verhältnisse ein?

Was können die Gewerkschaften tun?

Aus den Ergebnissen der Studie leiten die Autoren Empfehlungen für die Zukunft ab.

- Die Gewerkschaften sollen sich eindeutig als Wertegemeinschaft profilieren und nicht etwa als Dienstleistungsunternehmen. Zentrale Werte wie soziale Gerechtigkeit und Demokratie müssen sichtbar im gewerkschaftlichen Handeln verknüpft sein.
- Eigenaktivität muss gefördert werden. Die trägt wesentlich zur Immunisierung gegen Rechtsextremismus bei. Die Wertegemeinschaft Gewerkschaft muss partizipatorisch orientiert, also stärker basisdemokratisch ausgerichtet sein. Einfache, autoritäre Lösungsversprechungen der Rechtsextremen finden bei aktiven, eigenverantwortlich handelnden Mitgliedern keine Resonanz.
- Rechtsextremes Denken fällt bei autoritär strukturierten Menschen mit starren, unbeweglichen Denkweisen auf einen

fruchtbaren Boden. Solche Personen neigen zu einfachen Lösungen. Auf politischer Ebene sollen Gewerkschaften daher auf Alternativkonzepten bestehen und in der Bildungsarbeit die Fähigkeit zu differenzierter Analyse und selbständiger Urteilsbildung fördern.

- »Anfälligkeit für Rechtsextremismus« darf kein Thema sein, das nebenbei abgehandelt wird. Es muss in die gewerkschaftspolitischen Analysen, in die Bildungsarbeit und das gewerkschaftliche Handeln insgesamt einfließen.
- Rechtspopulismus und rechtsextreme Einstellungen sind europaweite Erscheinungen, bei ihrer Bekämpfung muss eine internationale Perspektive entwickelt werden.

Durchgeführt wurde die Studie von Richard Stöss, Michael Fichter, Joachim Kreis und Bodo Zeuner. Sie ist im Internet zu finden unter:
http://www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/gewrex_downl.htm

Die Studie »Gewerkschaften und Rechtsextremismus«

Bei dieser bisher größten Umfrage zum Rechtsextremismus in der Bundesrepublik wurden die Aussagen von 4.000 Menschen im Ost- bzw. Westteil Deutschlands analysiert. Je die Hälfte von ihnen war gewerkschaftlich organisiert. Durch die Unterscheidung der Befragten nach sozialer Schicht konnten die Wissenschaftler die gewerkschaftlichen Mitgliedsgruppen benennen, die besonders anfällig für rechtsextreme Einstellungen sind.

Weitere wichtige Aussagen aus der Studie:

- Der Anteil rechtsextremer Einstellungen ist ebenso hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Jedes fünfte Gewerkschaftsmitglied ist rechtsextrem!
- Rechtsextreme Einstellungen sind am stärksten in der Unterschicht vertreten, die gewerkschaftlich organisierte ist nur geringfügig weniger rechtsextrem als die unorganisierte. Jedoch in der größten Teilgruppe, den ungelerten ArbeiterInnen, sind die Organisierten doppelt so häufig rechtsextrem. Allerdings machen sie nur 10% der Gewerkschaftsmitglieder aus.
- Rechtsextreme Orientierungen gibt es im Osten anderthalb Mal so häufig wie im Westen.
- Im Westen sind Rechtsextreme unter Gewerkschaftern so häufig vertreten wie bei den Nichtorganisierten. Dagegen ist im Osten die Quote bei den Gewerkschaftern erheblich niedriger als bei den Nichtmitgliedern.